

Es gilt das gesprochene Wort

Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung zum Thema  
„Das ist doch unser Geld –  
Spielräume für Bürgerhaushalte in überschuldeten Kommunen“  
am 01.04.2011 um 15.30 Uhr  
in der Alten Feuerwache Wuppertal,  
Gathe 6, 42107 Wuppertal Elberfeld

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte so etwas wie ein Bekenntnis vorab stellen.

Ich bin nicht der Ansicht, dass die kommunale Selbstverwaltung bereits auf Null geschrumpft ist.

Vielmehr ist es die aktuelle politische Gestaltungsverantwortung gerade diese Schrumpfung zu verhindern und Artikel 28 II GG als Leitlinie zu leben.

Die Kommunalaufsicht sieht sich genau dieser Gestaltungsaufgabe verpflichtet, allerdings nicht als die primär handelnde, sondern als beratende Aufsicht.

Zu dieser Aufsichtsverpflichtung von Gesetzes wegen stehen wir und beabsichtigen nicht sie zu wässern, allerdings gilt es diese Aufsicht auf Augenhöhe und mit Respekt vor den unterschiedlichen Aufgaben wahrzunehmen.

Wir sind keine consulting agentur aber unterwegs, um den Gestaltungsspielraum der Kommunen zu entwickeln.

Deshalb zunächst einige Worte zur aktuellen Haushaltssituation der Kommunen im Regierungsbezirk Düsseldorf:

Die haushaltswirtschaftlichen Probleme der Kommunen in meinem Aufsichtsbezirk konzentrieren sich bereits seit mehr als zwei Jahrzehnten auf den großstädtischen Raum.

Von den zehn kreisfreien Städten im Regierungsbezirk Düsseldorf können neun ihren Haushalt nicht mehr entsprechend den gesetzlichen Vorgaben ausgleichen.

Nur der Stadt Düsseldorf gelingt noch der sogenannte fiktive Haushaltsausgleich, d. h. sogar die vergleichsweise reiche Stadt Düsseldorf muss mittlerweile ihre Rücklagen in Anspruch nehmen, um ihre Aufgaben zu finanzieren.

Acht Großstädte sind bereits seit mehreren Jahren nicht einmal mehr in der Lage, ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, weil sie es nicht mehr schaffen, ihren Haushalt im Finanzplanungszeitraum, d. h. in den nächsten vier Jahren wieder ins Lot zu bringen.

Das sog. „Nothaushaltsrecht“ ist im großstädtischen Bereich damit praktisch schon zum Normalfall geworden.

Wie dramatisch die finanzielle Situation der notleidenden Städte im Regierungsbezirk Düsseldorf tatsächlich schon ist, wird besonders deutlich, wenn man sieht, dass zwei dieser Großstädte, nämlich Oberhausen und Duisburg bereits bilanziell überschuldet sind, also ihr gesamtes Eigenkapital und damit ihr Vermögen verbraucht haben. Sie sind faktisch „pleite“.

Drei weitere Kommunen

- das sind die bergischen Großstädte Wuppertal, Solingen und Remscheid - drohen ihr Eigenkapital in den nächsten drei Jahren vollständig zu verzehren und damit ebenfalls ihre finanzielle Basis zu verlieren.

Die regelmäßigen Haushaltsdefizite haben in den letzten Jahren vor allem den Umfang der von den Kommunen zur Finanzierung ihrer Aufgaben aufgenommenen Liquiditätskredite sprunghaft ansteigen lassen.

Bis Ende 2010 dürfte allein das Kassenkreditvolumen der großstädtischen Nothaushaltskommunen im hiesigen Regierungsbezirk die Summe von 10 Mrd. Euro überschritten haben.

Oder ganz:

Allein die Großstädte meines Aufsichtsbezirkes haben ihr Girokonto bereits um 10 Mrd. Euro überzogen.

Das ist etwa die Hälfte des Volumens der Liquiditätskredite aller Kommunen des Landes Nordrhein-Westfalen (ca. 20 Mrd. Euro) und ca. ein Viertel der kurzfristigen Kassenkredite aller Kommunen der Bundesrepublik Deutschland (40,5 Mrd. Euro).

Und für diese Kredite müssen die Kommunen Jahr für Jahr Zinsen zahlen.

Angesichts des zurzeit historisch niedrigen Zinsniveaus tickt hier eine Zeitbombe, die, wenn die Zinssätze wieder auf das Vorkrisenniveau der Jahre 2005 und 2006 steigen, alle Haushaltskonsolidierungserfolge zunichte machen könnte.

Das Jahr 2010 war für die Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland ein finanziell schwarzes Jahr, auch wenn die Gewerbesteuererinnahmen nach der Finanzkrise bundesweit wieder gestiegen sind.

Und 2011 ist eine nachhaltige Erholung für die Haushalte der Städte allein aufgrund einer konjunkturell verbesserten Lage nicht erkennbar.

Ein Hauptproblem der wachsenden finanziellen Schieflage insbesondere bei den großstädtischen Kommunen sind dabei die seit Jahren stetig steigenden Soziallasten.

Inzwischen hat der Bund im Zuge des Hartz IV-Kompromisses zwar die Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zugesagt, allerdings nur in drei Schritten, beginnend im Jahr 2012 und bis zum Jahr 2014. Danach können die Kommunen des Landes Nordrhein-Westfalen mit jährlich gut 900 Mio. Euro Entlastung rechnen. Das allein reicht aber keinesfalls aus, um die Haushalte der notleidenden Kommunen zu sanieren.

Die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen hat bereits im vergangenen Jahr erste eigene Schritte zur Stärkung der Stadtfinanzen eingeleitet.

Der kommunale Finanzausgleich ist um jährlich 300 Mio. Euro aufgestockt worden. Zusätzlich sollen 350 Mio. Euro für den sogenannten „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ bereit gestellt werden.

Ein weiterer Baustein des Hilfspaketes des Landes Nordrhein-Westfalen ist die Änderung des § 76 der Gemeindeordnung.

Mit einem von den Fraktionen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN vorgelegten Gesetzentwurf soll zur Stärkung der Motivation der Politik und der Verwaltung in den notleidenden Kommunen das derzeit geltende gesetzliche Verbot der Genehmigung von Haushaltssicherungskonzepten mit einer längeren Laufzeit als dem Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung aufgehoben werden.

Die gegenwärtige Rechtslage verbietet es der Kommunalaufsicht noch, Haushaltssicherungskonzepte zu genehmigen, die den Haushaltsausgleich erst nach Ablauf des Zeitraumes der mittelfristigen Finanzplanung darstellen.

Mit dem finanzwissenschaftlichen Gutachten der Professoren Junkernheinrich und Lenk (Titel „Haushaltsausgleich und Schuldenabbau – Konzept zur Rückgewinnung kommunaler Finanzautonomie im Land Nordrhein-Westfalen –“), das Anfang März dem Land Nordrhein-Westfalen übergeben wurde, ist außerdem ein breiter Diskussionsprozess zur Stärkung der Kommunalfinanzen eingeleitet worden.

Und zudem wir ja sicher gleich etwas hören werden.

Allerdings dürfen die notleidenden Städte insbesondere auch im Regierungsbezirk Düsseldorf nicht auf die nächsten Schritte des Landes und erst recht nicht des Bundes warten,

Sie müssen ihre eigenen Konsolidierungsanstrengungen verstärken und die zu erwartenden Entlastungen durch Bund und Land dazu nutzen, tragfähige Haushaltssicherungskonzepte aufzustellen, um damit – wie der nordrhein-westfälische Finanzminister Dr. Walter-Borjans es ausgedrückt hat – die Weichen erkennbar in Richtung Haushaltsausgleich zu stellen.

Wir als Kommunalaufsicht begleiten diese Bemühungen.

Wir sind bereit, auf der Basis des neuen Rechts langfristige Haushaltskonsolidierungsvereinbarungen abzuschließen.

Dies mit der Verwaltung UND unter Einbeziehung des Rates.

Die Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung in den notleidenden Kommunen haben immer wieder die Erfahrung machen müssen, dass die Bemühungen um eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung und konkrete Entscheidungen über Sparmaßnahmen auf öffentliche Kritik stoßen.

Wer Einschnitte in das städtische Leistungsangebot vorschlägt oder beschließt, macht sich bei den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern nicht gerade beliebt.

Die Bürgerschaft in den notleidenden Städten hat aber längst begriffen, dass es angesichts leerer öffentlicher Kassen in den nächsten Jahren nicht mehr so weitergehen kann wie bisher. Und deshalb ist hier nicht nur der politische Mut der Entscheidungsträger gefragt sondern auch die Bereitschaft von Verwaltung und Rat zu einer frühzeitigen Einbindung der Bürgerschaft in den Konsolidierungsprozess.

Die Bürgerinnen und Bürger, die ein großes Bedürfnis nach Mitwirkung haben, müssen von Verwaltung und Rat auf dem Weg der Haushaltskonsolidierung beteiligt werden.

Das Instrument der „Konsultation über öffentliche Finanzen“ erscheint uns als ein gutes Instrument.

Wir stellen aber fest, dass es in unserem Bezirk nicht sehr verbreitet ist:

Nach unserem Kenntnisstand sieht es wie folgt aus.

Ich würde mich freuen, wenn es bessere Erkenntnisse gäbe.

### **Düsseldorf**

- kein Bürgerhaushalt
- im Internet Stadt Düsseldorf allgemeine Infos rund um den Haushalt enthalten

### **Duisburg**

In der Stadt Duisburg findet eine mittelbare Bürgerbeteiligung über die Bezirksvertretungen in den sieben Stadtbezirken statt.

### **Essen**

Über die Internetseite [www.essen-kriegt-die-kurve.de](http://www.essen-kriegt-die-kurve.de) hatte die Stadt Essen ihre Bürger vom 29.04. bis 20.05.2010 aufgerufen, sich zu den vorgesehenen HSK-Maßnahmen positiv oder negativ zu äußern. Rund 3.800 angemeldete Nutzer bewerteten die 100 HSK-Maßnahmen und von den erforderlichen 381 Mio. € Einsparung wären nach dem Bürgervotum 263 Mio. € umsetzbar.

### **Krefeld**

Kein Bürgerhaushalt. Im Internet der Stadt Krefeld sind allgemeine Infos rund um den Haushalt enthalten.

### **Mülheim a.d.R.**

Vom 01. bis 31.03.2010 hatte die Stadt Mülheim ihre Bürger aufgerufen, sich sowohl in öffentlichen Bürgerforen, als auch im Online-Haushaltsforum an der Diskussion um die Sparvorschläge aus dem Maßnahmenpaket der Verwaltung aktiv zu beteiligen.

Rund 542 angemeldete Nutzer bewerteten die 197 HSK-Maßnahmen oder schlugen darüber hinaus 102 neue Maßnahmen vor.

### **Mönchengladbach**

Kein Bürgerhaushalt.

Aber der vorgelegte Entwurf des Bezirkshaushaltsplanes 2010/2011 berücksichtigt haushaltstechnisch erstmalig die Abbildung der vier neu gebildeten Stadtbezirke.

### **Oberhausen**

Kein Bürgerhaushalt; die Stadt hat aber im Zuge der HSK-Aufstellung 2008 (NKF-Umstellung war 2008) eine umfassende Bürgerbeteiligung durchgeführt. Ansonsten sind im Internet Stadt Oberhausen allgemeine Infos rund um den Haushalt enthalten.

### **Remscheid**

(Evtl. mittelbare Beteiligung über die vier Stadtbezirke, hierauf wird aber im Internet nicht näher drauf eingegangen.)

### **Solingen**

Über die Internetseite [www.solingen-spart.de](http://www.solingen-spart.de) hatte die Stadt Solingen ihre Bürger vom 04. bis 25.03.2010 aufgerufen, sich zu den vorgesehenen HSK-Maßnahmen positiv oder negativ zu äußern. Rund 3.600 angemeldete Nutzer bewerteten die 78 HSK-Maßnahmen und von den erforderlichen 45 Mio. € Einsparung wären nach dem Bürgervotum 31,6 Mio. € umsetzbar.

### **Wuppertal**

Bei der Haushaltsaufstellung findet bislang keine Bürgerbeteiligung statt.

### Kreisstädte:

#### **Stadt Kleve**

Keine direkte Bürgerbeteiligung erkennbar.

### **Stadt Mettmann**

Für den kameralen Haushalt der Jahr 2006/2007 hat die Stadt Mettmann eine Infobroschüre für die Bürger veröffentlicht:

<http://www.mettmann.de/service/pdf/haushaltsbroschuere.pdf>

### **Stadt Neuss**

Für das Jahr 2010 wurde eine Broschüre mit dem Titel „Bürgerhaushalt“ veröffentlicht. Hier wird dem Bürger der Haushalt auf 28 Seiten erklärt, ähnlich wie in einem Vorbericht zum Haushaltsplan.

### **Stadt Viersen**

Keine direkte Bürgerbeteiligung erkennbar.

### **Stadt Wesel**

Im Oktober 2010 fand eine Bürgerbeteiligung für den Bereich „Bildung“ zum Weseler Haushalt statt.

Ein gutes Beispiel für die Bürgerbeteiligung bei der Haushaltskonsolidierung hat im vergangenen Jahr die Stadt Solingen geliefert, die von der Überschuldung bedroht war.

Oder 2007 im Regierungsbezirk Köln der Bürgerhaushalt der Stadt Köln.

Für unser Problem der harten Hauskonsolidierung des städtischen Haushalts ist das genannte Instrument aus unserer Sicht ein guter Schritt.

Er zwingt Rat und Verwaltung, wenn die Durchführung demokratisch und bürgernah gestaltet wird, Haushaltswahrheit offenzulegen, Klarheit zuschaffen und Berichte für die BürgerInnen zu garantieren.

Insbesondere die Selbstverpflichtung der Räte zur Kommentierung und Berichterstattung scheint mir wichtig.

Natürlich weiß auch ich, dass vorbildliche Bürgerhaushalte wiederum ins Geld gehen.

Deshalb sind weniger umfassend gute Befragungen, Foren oder Stellungnahmemöglichkeiten wichtige Schritte hin zu Transparenz und Beteiligung.

Erzwingen können wir diese als Kommunalaufsicht nicht, aber begrüßen.

Und

Es gilt das gesprochene Wort

Die Verantwortung der Kämmerer nach der GO NW und des Rates wird nicht aufgehoben, aber die Akzeptanz könnte eine andere werden.

Wo wir können, unterstützen wir gerne.